

Werteverfall, Managementfehler, Globalisierung – Woher kommt die Krise und wie kommen wir wieder heraus?

**Eine Umfrage der CGC – Claus Goworr Consulting GmbH unter 600
Führungskräften in Deutschland im Dezember 2008.**

CGC – Claus Goworr Consulting GmbH
Grosjeanstraße 2
81925 München
Tel. + 49 (0) 89 / 9 43 84 9 - 70
Fax + 49 (0) 89 / 9 43 84 9 - 79
E-Mail: info@cgc-consulting.com

A) Allgemeines

1. Präambel

Die CGC – Claus Goworr Consulting GmbH, München, hat in einer aktuellen, bundesweiten Studie mit dem Thema „Werteverfall, Managementfehler, Globalisierung - Woher kommt die Krise und wie kommen wir wieder heraus?“ untersucht, wie deutsche Unternehmen dazu stehen und was aus ihrer Sicht getan werden muss, um der Krise erfolgreich entgegenzuwirken bzw. den Aufschwung wieder in Gang zu bringen. Die Ergebnisse bestätigen zu einem großen Teil die Forderungen, die in jüngster Zeit zum Thema Finanzkrise gestellt worden sind. An oberster Stelle steht die effizientere Regulierung des internationalen Finanzwesens. Die Antworten machen aber auch sehr deutlich, dass Wirtschaftskrise und Werteverfall eng miteinander verflochten sind und eine Systemänderung notwendig ist. Denn eine Wirtschaft, die keine ethischen Grundsätze vorlebt, kann auf Dauer nicht erfolgreich sein.

2. Methodik der Umfrage

Für die bundesweite Umfrage hat CGC Consulting einen strukturierten Fragebogen entwickelt und im Dezember 2008 rund 600 Top-Führungskräfte und Personalentscheider in Deutschland befragt. An der Studie teilgenommen haben Betriebe jeder Größenordnung, die im nationalen und internationalen Umfeld tätig sind. Die Auswertung gibt stets die Nennungen in Relation zur Anzahl der Gesamtnennungen in Prozent an.

3. CGC Wirtschaftsforschung

Die CGC Wirtschaftsforschung, Wien, befragt im Auftrag der Münchner Executive Search Beratung CGC – Claus Goworr Consulting GmbH in regelmäßigen Abständen 600 Unternehmen über relevante aktuelle bzw. Zukunftsthemen. Das Büro Wien hat in den vergangenen Jahren häufig im Frühstadium Trends und Entwicklungen auf dem Sektor Unternehmens- und Mitarbeiterführung, aber auch Personal- bzw. Wirtschaftspolitik analysiert und veröffentlicht. Dadurch wurde ein Beitrag zu öffentlichen Diskussion geleistet, der auch in Unternehmen für konkrete Diskussionen und Entwicklungen sorgte.

CGC – Claus Goworr Consulting GmbH

Grosjeanstraße 2

81925 München

Tel. + 49 (0) 89 / 9 43 84 9 - 70

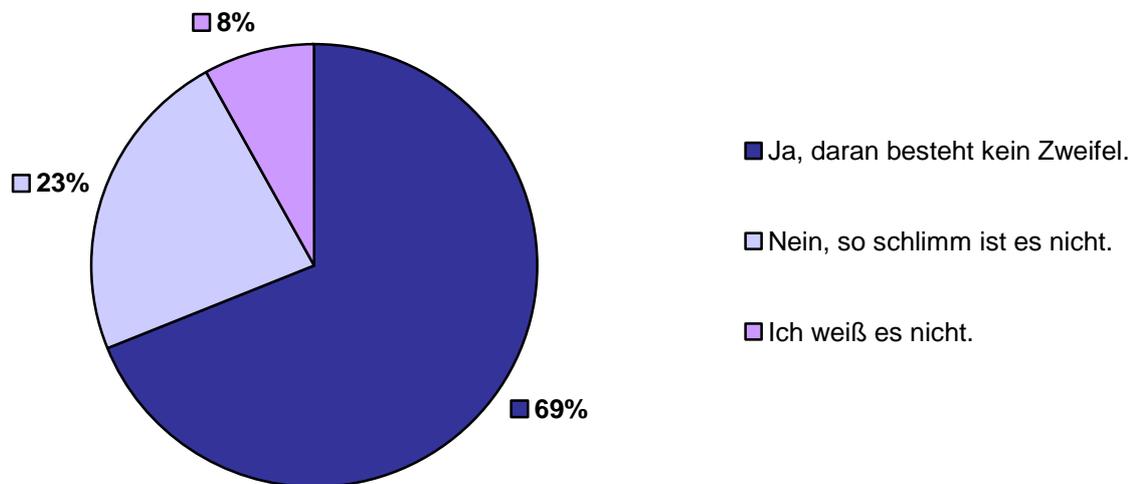
Fax + 49 (0) 89 / 9 43 84 9 - 79

E-Mail: info@cgc-consulting.com

B) Umfrage in Detail

WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE – URSACHE, AUSWIRKUNG, AUSBLICK

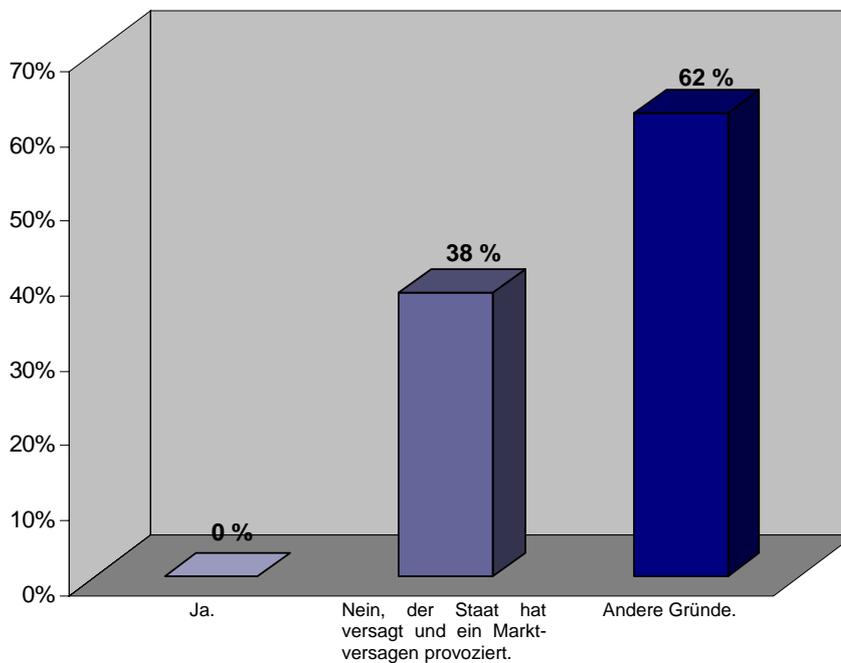
1. Banken und Versicherungen sind weltweit in Nöte geraten. Jetzt bitten Branchen wie die Automobilindustrie um massive Unterstützung. Sind wir nun in der tiefsten Krise seit der Depression von 1929/30?



Seit Wochen dominiert das Thema Krise die deutsche Medienlandschaft. Ist es wirklich so schlimm, wie es momentan den Anschein hat oder wird die Krise medial nur so aufgebläht? Die Krise ist real sagen 69 Prozent der befragten Unternehmen. Damit bestätigen die Manager, dass Deutschland aufgrund der Finanz- und Versicherungsmisere in der tiefsten Krise seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 steckt.

Ein wenig Hoffnung lassen 23 Prozent der Befragten anklingen, wenn sie meinen, „so schlimm ist es nicht“. Für sie stellt die momentane wirtschaftliche Entwicklung „die übliche Abwärtsbewegung in einem Konjunkturzyklus dar“. Ein kleiner Teil der Manager – 8 Prozent – ist sich nicht sicher, wie er die Lage beurteilen soll und meint deshalb auf die Frage nach dem Ausmaß der Krise: „Ich weiß es nicht.“

2. Ist die Krise ein Beweis dafür, dass die Marktwirtschaft versagt hat?

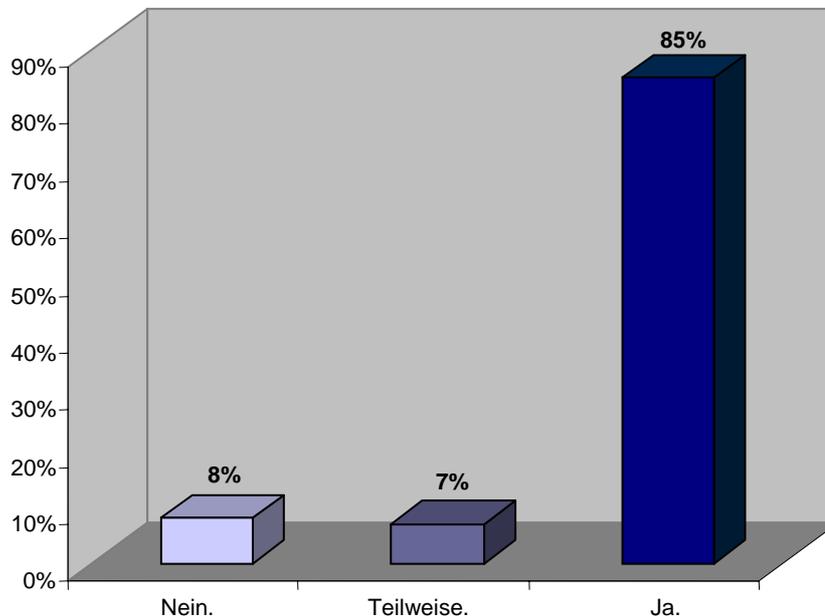


Auf diese Frage hat erwartungsgemäß keines der befragten Unternehmen mit „Ja“ geantwortet. Schließlich sind die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft eng mit Freiheit und Wohlstand verknüpft. Die Schuld am Versagen der Wirtschaft geben die Befragten eindeutig den Regierenden. 38 Prozent der Manager sagen, „der Staat hat versagt und damit ein Marktversagen provoziert“. 62 Prozent spezifizieren diese Aussage und nennen noch konkretere Gründe wie „falsche ordnungspolitische Signale“, „das Zusammenspiel unreifer Personen“, „ein System mit Lücken“, „die unterschätzte Komplexität wirtschaftlicher Probleme und Verknüpfungen“, „das Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft nur mit realen Werten“, „das komplexe Versagen aller beteiligten Gruppierungen“ und das „Versagen der Führungspersonen“.

Das wirtschaftspolitische Versagen des Staates birgt die große Gefahr, dass der Wirtschaft allmählich die Selbstheilungskräfte ausgehen und sie sich dadurch selbst vernichtet. Es sei deshalb höchste Zeit für ein wirtschafts- und ordnungspolitisches Eingreifen. Dafür hat die ganze Welt seit Januar ein Vorbild für die größte Volkswirtschaft der Welt: US-Präsident Barack Obama. Er macht vor, dass eine Regierung stark sein muss und sich auch nicht an die Kandare der Großkonzerne nehmen lassen darf.

Berlin und auch die Länderregierungen sollten sich hier inspirieren lassen. Zwar wollen die Parteien vor der Wahl alle gut aussehen und keiner, schon gar nicht Frau Merkel, wagt Mutiges. Bei der Besetzung von Minister- und Staatssekretärpositionen darf die Parteiräson nicht an erster Stelle stehen, gefragt sein müssten vielmehr Fachwissen, Erfahrung und der Wille zu Handeln. Quereinsteiger mit diesen Voraussetzungen sind aber nur schwer durchzusetzen – siehe das Beispiel Paul Kirchhoff. Die Parteien und Institutionen sollten die geliehene Macht nicht nur zum Selbsterhalt missbrauchen, sondern zum Wohle des Volkes und dessen Volkswirtschaft (Personal-)Entscheidungen treffen. Gerade jetzt in der Wirtschaftskrise sollte Fachkompetenz in der Regierung sein und nicht nur Parteichefs oder „Jugend forscht“-Kandidaten.

3. Oder ist der Konjunkturabschwung in erster Linie das Ergebnis der Managementfehler von Bankern?

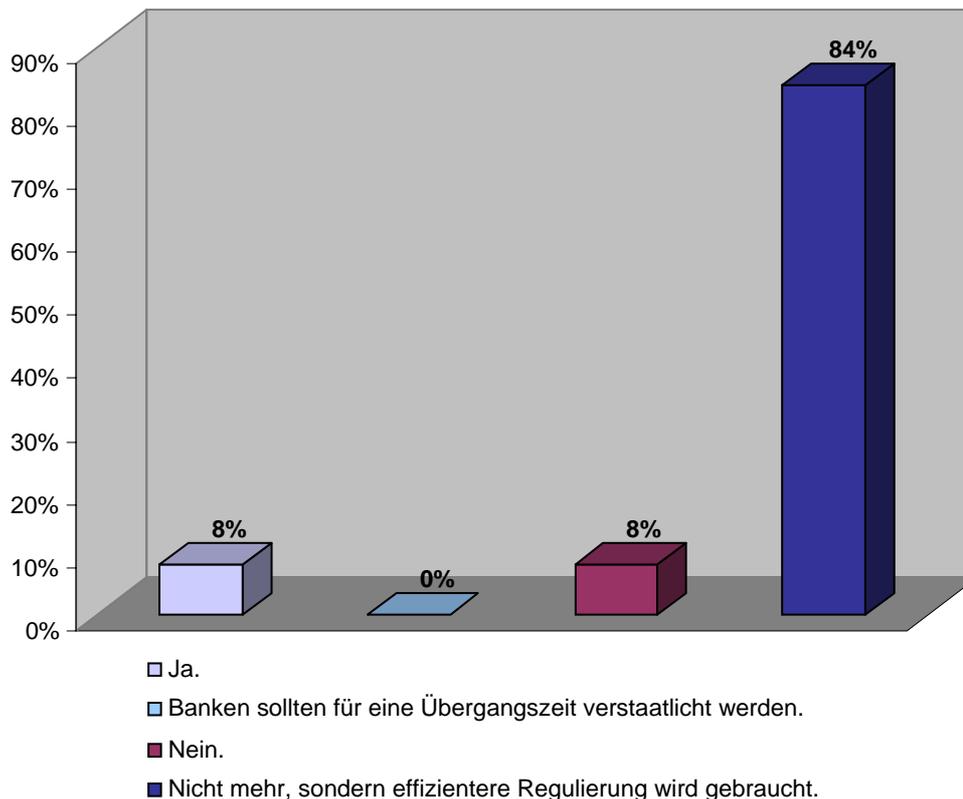


85 Prozent der Manager und Personalentscheider sind der Meinung, dass die Verantwortlichen der Banken durchaus „eine Mitschuld am Konjunkturabschwung tragen“. Denn diese hätten komplizierte Finanzprodukte verkauft, deren Inhalte und Risiken selbst für Experten nicht mehr durchschaubar waren, heißt es in der Begründung weiter. 7 Prozent der Befragten würden die Bankvorstände „dafür nur zum Teil in die Verantwortung nehmen, da sich der Abschwung nach der Immobilienkrise in den USA verselbständigt hat und die Banken in den Sog dieser Entwicklung geraten sind“. Mit einem „Nein“ antworteten 8 Prozent der Unternehmen, da sie der Überzeugung sind, dass „in einer Marktwirtschaft die Krise zum stetigen und notwendigen Wandel gehört“.

Das klare Ergebnis von 85 Prozent der Unternehmen, die diese Frage bejaht haben, macht aber deutlich, dass sich die Führungspersonen der Bankinstitute schleunigst etwas einfallen lassen müssen. Gebraucht werden neue Bankmanager, die moralisch korrekt handeln, indem sie alte Werte wie zum Beispiel Ehrlichkeit, Mäßigkeit und ökonomischen Weitblick vorleben und nicht nur kurzfristiges Erreichen von hohen Provisionen vor Augen haben. Daher werden auch mutige Aufsichtsräte und Vorstände gebraucht, die das Vertriebssystem der Banken bzw. Finanzinstitutionen ändern und u. a. reine Provisionsverträge für geldverliebte Bankberater abschaffen. Außerdem sollten sie sich selbst und ihren Angestellten ein intelligentes Bezahlungssystem verordnen, das „Bilanzlug und Beratungstrug“ verhindert. Gleichzeitig gilt es transparente Bankprodukte aufzulegen, die dann von einer Art staatlichen Bank-TÜV geprüft werden.

Bundespräsident Horst Köhler hat in seiner Rede über die Aufgaben Deutschlands in der Finanzkrise zusammenfassend gesagt, dass die Weltgemeinschaft eine Moral brauche, die alle verbinde. Man müsse lernen, mit anderen nur so umzugehen, wie man selbst behandelt werden wolle. Erstrebenswert sei eine Marktwirtschaft, die sich weltweit an Solidarität und Verantwortung binde, ohne die Kraft von Markt, Preis und Wettbewerb auszuschalten, lautet das Fazit des Bundespräsidenten.

4. In den vergangenen Jahrzehnten haben die kapitalistischen Länder auf Deregulierung gesetzt. Ist der Wunsch nach einer verschärften staatlichen Regulierung richtig?

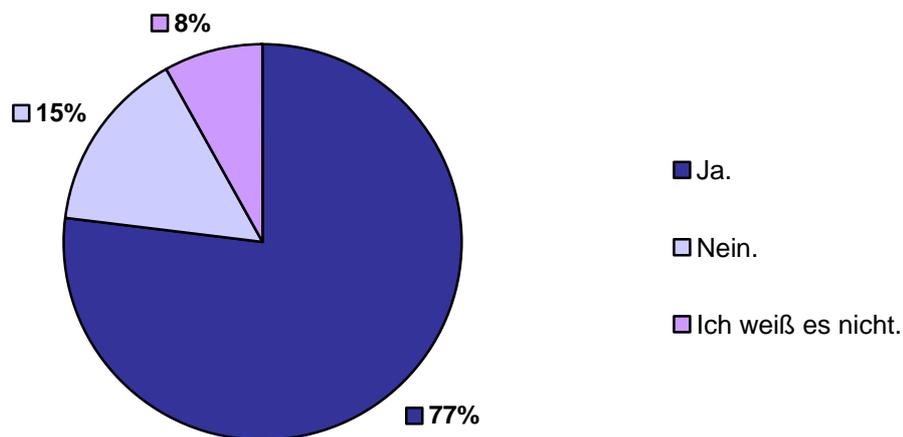


84 Prozent der befragten Unternehmen sehen es als vordringlich an, die staatliche Regulierung nicht auszudehnen, sondern vielmehr effizienter zu machen. 8 Prozent der Manager sehen nur in „mehr Regulierung den einzigen Weg aus der Krise“. Die restlichen 8 Prozent antworten darauf mit „Nein“, da gerade der Finanzsektor der am stärksten regulierte Teil der Wirtschaft sei.

Das Ergebnis dieser Frage verdeutlicht also den Wunsch nach einer anderen Politik. Denn ohne vernünftige wirtschafts- und ordnungspolitische Vorgaben sei keine effizientere Regulierung möglich. Gebraucht werden vernünftige Politiker, die sich nicht von einer Bundes-, Landtags- oder Kommunalwahl zur nächsten hangeln und dabei ihr persönliches Machtkalkül in den Vordergrund stellen, sondern die, auch wenn sie möglicherweise anecken, langfristige Interessen vertreten und damit die Nachhaltigkeit unserer Wirtschaft fördern.

Denn auch wenn immer wieder Reformen angekündigt wurden – zum Beispiel Konzepte zur Sanierung der Bildungspolitik oder der Gesundheitspolitik – blieb es oft bei Versprechungen oder einem Kurieren an Symptomen. Auch die aktuellen Ansätze in der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik stellen die derzeitige Kontur- und Ratlosigkeit der Politik dar.

5. Befürchten Sie eine Kreditklemme für die Unternehmen, die den Abschwung verschärfen würde?

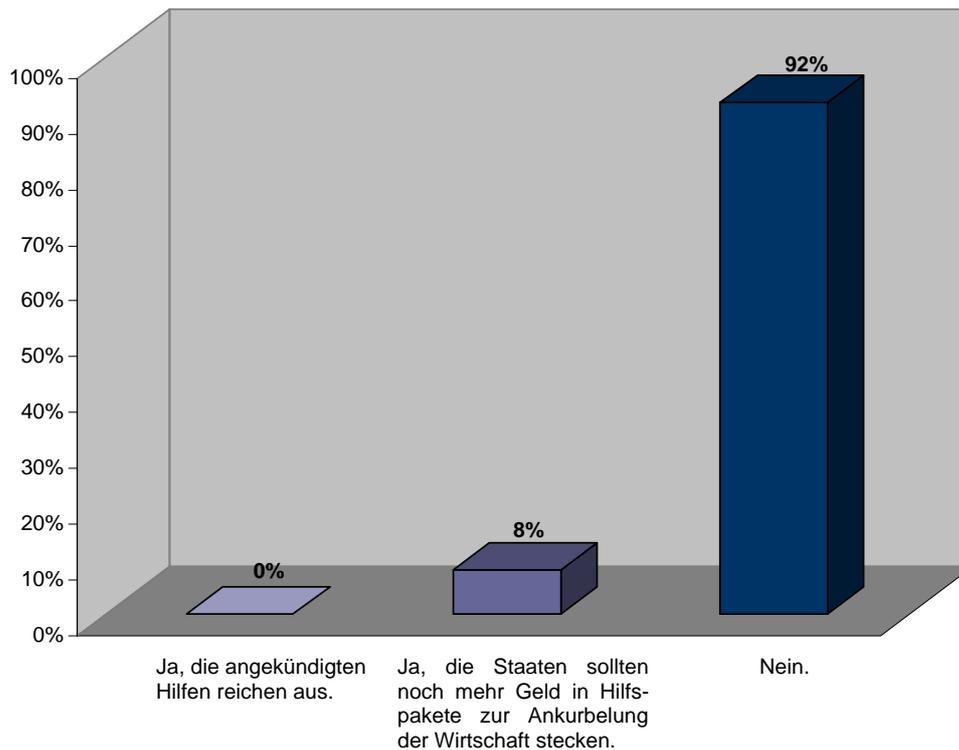


Als Folge der Krise befürchten 77 Prozent der Firmen, dass die Banken tatsächlich die Vergabe von Darlehen deutlich einschränken werden, damit die Wirtschaft lähmen und den Abschwung verstärken. 15 Prozent sind weniger pessimistisch und erwarten, dass die Banken „bald wieder Vertrauen zu den Unternehmen fassen und neue Kredite vergeben.“ „Wir wissen es nicht“, antworten 8 Prozent der Personalentscheider.

Jetzt die Kredite zu reduzieren, wäre sicher der falsche Weg. Noch sieht der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) keine Anzeichen dafür, befürchtet allerdings, dass es 2010 zu einer Kreditklemme kommen wird, wenn die Politik nicht entgegenwirkt. Anders sieht es in der Zulieferindustrie aus. Risikozuschläge bei Kreditvergaben sind an der Tagesordnung. Es geht um das Rückgrad der deutschen Wirtschaft - den Mittelstand. Wer sich vornehmlich um Schaeffler, Opel und Co. kümmert, handelt fahrlässig.

Der Blick in das Nachbarland Österreich zeigt, dass hier Politiker und Verbände nicht nur über die Krise diskutieren, sondern bereits handeln, indem sie auf die Banken einwirken, derzeit auch weiterhin Kredite zu vergeben, um den Abschwung und die Probleme der Unternehmer nicht noch zu verschärfen.

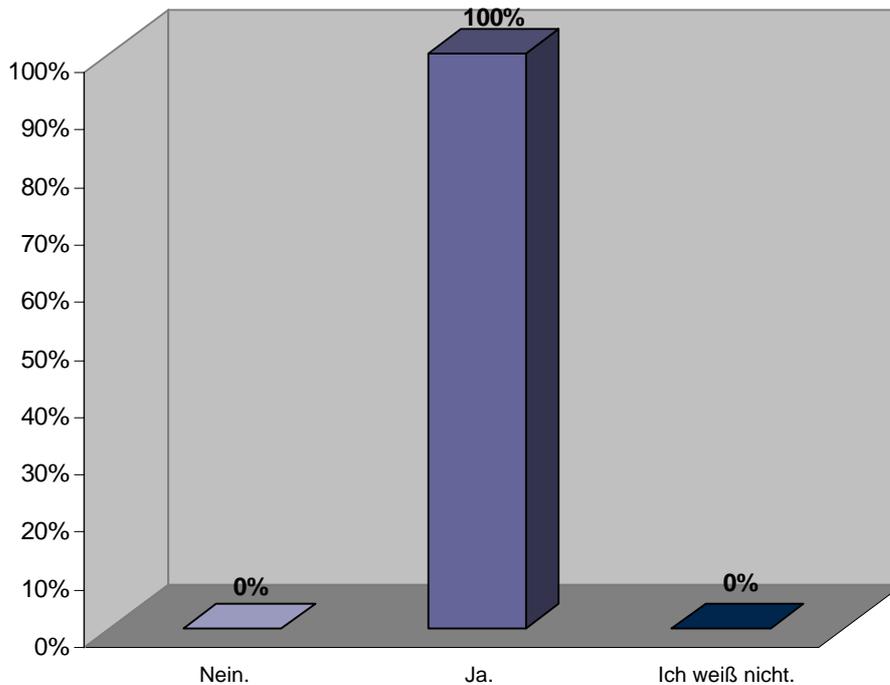
6. Sind Sie der Ansicht, dass Konjunkturpakete wie in Deutschland zum Beispiel mit einer befristeten Befreiung von der Kfz-Steuer entscheidend dazu beitragen können, um die Krise zu überwinden?



Sehr wenig halten die befragten Unternehmen von kleineren Konjunkturpaketen in Deutschland. Gerade mal 8 Prozent antworten zwar mit „Ja, die Staaten sollten sogar noch mehr Geld in Hilfsprogramme zur Ankurbelung der Wirtschaft stecken“. Aber mit 92 Prozent glaubt die deutliche Mehrheit, dass solche Programme „nur ein Strohfeder entfachen, das nicht nachhaltig greift und damit letztendlich nichts bringt“.

Solche Konjunkturspritzen können das Abbremsen der Konjunktur kaum verhindern und sind bestenfalls Flickschusterei. Gefordert ist endlich eine Konsolidierungspolitik, die Größe beweist und den Menschen zum Beispiel durch eine vernünftige Steuer- und Abgabenpolitik wieder mehr Sicherheit vermitteln könnte. Die Steuergesetzgebung und deren typisch deutsche beamtenhafte Exekution, sprich Praxis, und die schon inflationäre Verordnungswut sind einer starken demokratischen Volkswirtschaft wie der in Deutschland absolut unwürdig. In Zeiten des Ausnahmezustandes kann die Finanzverwaltung die Krise gerade für den Mittelstand erheblich aufblähen. Wer als zuständiger Minister heute nicht die Behörden auf Realitätssinn und Konstruktivität innerhalb der Spielräume anweist, sollte sich nicht als „Krisenfeuerwehrmann“ feiern lassen. Mittelständler haben heute mit Liquiditätsengpässen zu kämpfen. Da braucht es nicht nur schnelle Kreditvergaben, sondern auch direkte Hilfestellung wie flexible Steuerregelungen und Abgabenpraxis. Daher ist es auch kein Wunder, dass Unternehmer wie Bürger an diesem Staat zweifeln und letztlich sogar verzweifeln.

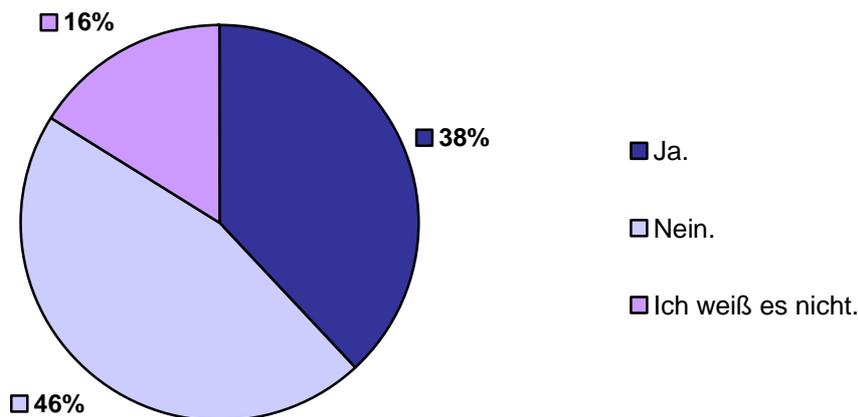
7. Trägt die Vielzahl negativer Berichte in den Medien Ihrer Meinung nach maßgeblich zur Krise bei?



Völlig einig sind sich alle Unternehmen, dass die Vielzahl negativer Berichte in den Medien zu einer Verstärkung der Krise beiträgt. „Negative Meldungen und Kommentare beeinflussen die Entwicklung“, sagen 100 Prozent. Das kann manchmal eine Rolle spielen, aber andererseits haben die Pressevertreter oft keine andere Wahl, als die negativen Statements aufzugreifen, wenn aus Berlin seit Jahren keine vernünftige Orientierung und keine klaren Signale kommen.

Journalismus soll und muss den Finger in die Wunde legen, kritisch kommentieren und Stellung beziehen – die Pflicht zu entscheiden und zu führen haben aber die Politiker. Ein Blick auf die Bundes- und die Landesregierungen zeigt keine Strukturpolitik und vor allem fehlender Mut, wegweisende Entscheidungen zu treffen und zu diesen auch zu stehen.

8. „Yes – we can!“ – Mit diesem Wahlslogan hat der designierte US-Präsident Barack Obama für eine Aufbruchstimmung gesorgt. Glauben Sie, dass es Obama gelingen kann, mit seiner Ausstrahlung und Zuversicht den USA und damit auch der Weltwirtschaft zum Aufschwung zu verhelfen und neue „alte“ Werte in den USA zu verankern?

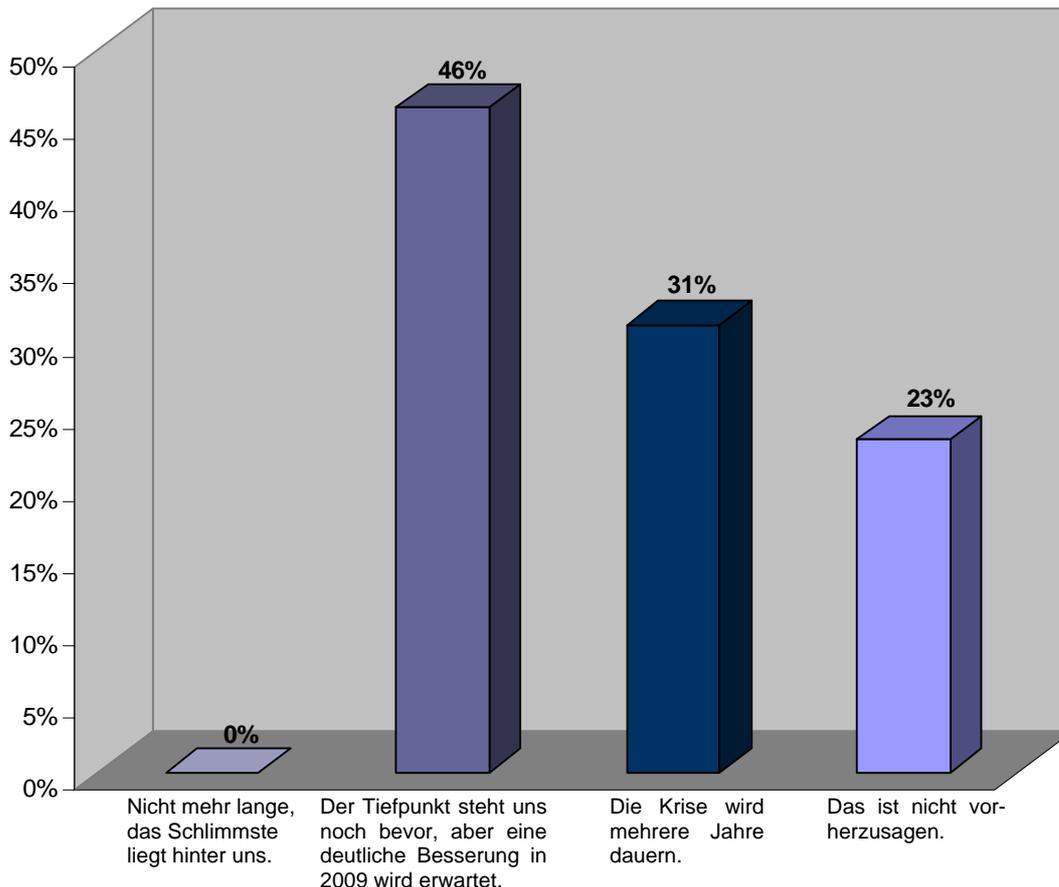


Eher verhalten beurteilen die deutschen Manager die Ausstrahlungskraft des neuen US-Präsidenten Barack Obama. 38 Prozent der Unternehmen halten es zwar für möglich, dass „ein einzelner in dieser Position allein viel bewegen kann“. 46 Prozent glauben jedoch nicht, dass die Motivationskraft des neuen Präsidenten ausreicht, um damit den USA und auch der Weltwirtschaft zum Aufschwung zu verhelfen und neue „alte“ Werte in den USA zu verankern. 16 Prozent geben zu: „Wir wissen es nicht.“

Der neue US-Präsident hat schon in den ersten Wochen seiner Amtszeit klare Signale gesetzt – auch für die Finanzwirtschaft. Der außer Kontrolle geratene Kapitalmarkt soll als verlässliches Finanzmedium der Realwirtschaft wieder in die Pflicht genommen werden. Dazu gehört in erster Linie Vertrauen, ein alter Wert, der in der jüngsten Vergangenheit eher aus der Mode kam. Stoppen aus Mangel an Vertrauen in einer Volkswirtschaft die Transaktionen und die Investitionen, dann ist das Land auf dem besten Weg in die Armutsfalle. Dies hat Barack Obama erkannt und sein „Yes – we can!“ ist ein Aufruf an jeden einzelnen, mehr Vertrauen in sich aber auch das System zu haben. Und das Wunderbare am Vertrauen ist, dass es in seiner Motivationskraft ansteckend und selbstverstärkend wirkt. Vertrauen entsteht aus Vertrauen und schafft neues Vertrauen.

Die Fußballweltmeisterschaft 2006 hat gezeigt, dass die Deutschen schon zu begeistern sind und plötzlich Dinge möglich wurden, die selbst von der Politik überrascht wahrgenommen wurden. Begeisterung zu Erneuerung birgt aber die Gefahr in sich, dass in diesem Sog die alten Pfünde und Machtgefüge an Einfluss verlieren. Nur deshalb ist so wenig Erneuerungslust in Berlin zu spüren, denn man hat sich bequem „eingerichtet“. Ein schlechtes Wahlergebnis könnte den gewünschten Ruck bringen und Gegenmittel zum Mittelmaß in Berlin werden.

9. Wie lange wird die Krise nach Ihrer Meinung noch dauern?

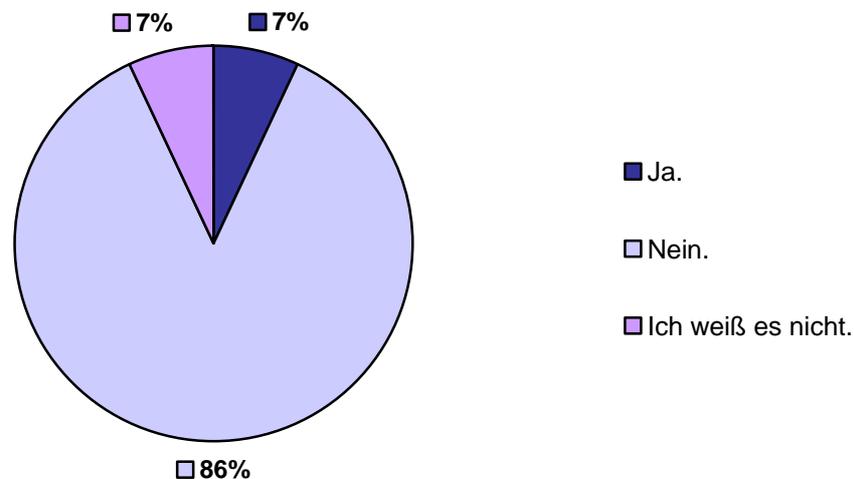


46 Prozent der befragten Firmen sehen zwar noch den Tiefpunkt der Krise vor sich, erwarten aber eine „deutliche Besserung im laufenden Jahr“. Ein Drittel der Unternehmen – 31 Prozent – ist hingegen überzeugt davon, „dass die Krise mehrere Jahre dauern wird“. Damit stimmen sie der Aussage führender Konjunkturforscher in Deutschland zu, die erwarten, dass die Finanzkrise den Arbeitsmarkt erst noch in voller Wucht trifft und bis zum deutlichen Aufschwung womöglich noch einige Jahre vergehen. 23 Prozent sind der Meinung, dass sich das „überhaupt nicht vorhersagen lässt. Die Unsicherheit ist so groß wie nie zuvor!“

Die Manager, die schon bald eine Besserung erwarten, vertreten sicherlich auch das Prinzip Hoffnung, an dem sie festhalten wollen, trotz aller negativen Signale, wie zum Beispiel dem drohenden Anstieg der Staatsverschuldung, was hier nur durch höhere Steuern und reduzierte Ausgaben wieder aufgefangen werden kann. Aufpassen müssen die Haushaltsverantwortlichen, nicht die Konsumschraube festzuziehen, sondern im Gegenteil: Konsumförderung geht vor kurzfristigen „Wahlsparprogrammen“. Haben die Konsumenten kein Geld und kein Vertrauen in die Wirtschaft, verbrennen wir im Krisenfeuer.

WIRTSCHAFT UND ETHIK – EIN WIDERSPRUCH?

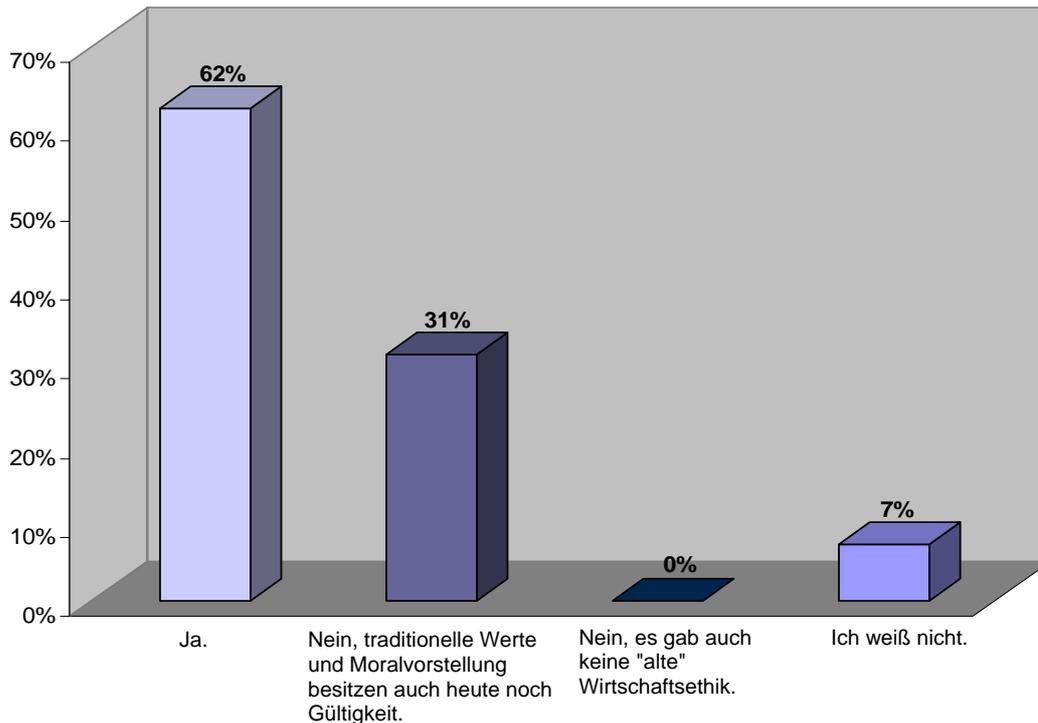
10. Werte sind das Fundament unserer Gesellschaft und die Basis für ein vertrauensvolles Zusammenleben. Dies gilt auch für Wirtschaft, Medien und Politik. Werden Unternehmen und ihre Führungskräfte nach Ihrer Betrachtung heute ihrer gesellschaftlichen Verantwortung in sozial-ethischer Hinsicht gerecht?



Eine ganz klare Stellung bezogen haben die Befragten zum sensiblen Thema Wirtschaft und Ethik: 86 Prozent meinen, dass Unternehmen und ihre Führungskräfte heute ihrer gesellschaftlichen Verantwortung in sozial-ethischer Hinsicht nicht gerecht werden. 7 Prozent glauben, dass in Bezug auf dieses Thema genug getan wird. Ebenfalls 7 Prozent sind indifferent.

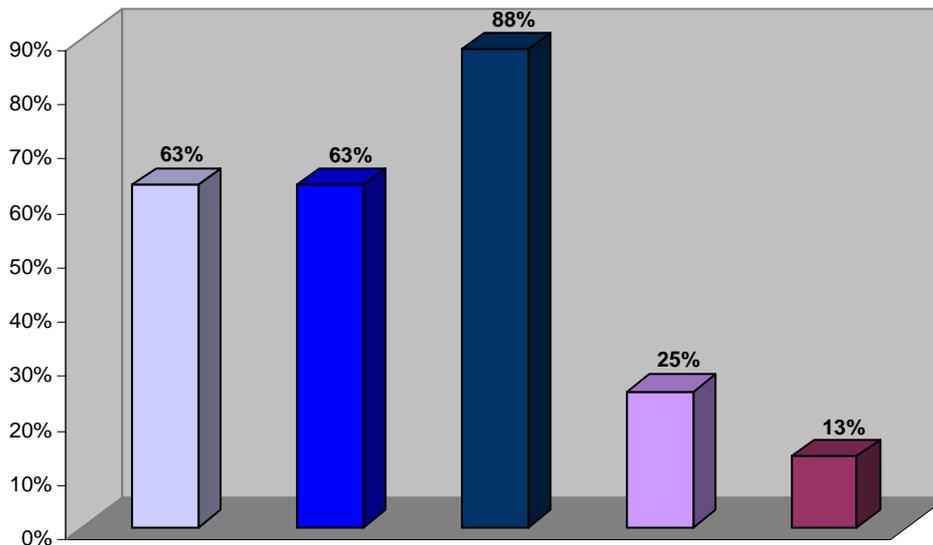
Dieses deutliche Ergebnis zeigt, dass die Manager in Deutschland kritikfähig und sich bewusst sind, dass ihr sozial-ethisches Denken heute nicht mehr genügt. Sie reflektieren ihr Verhalten und setzen damit ein positives Zeichen für eine künftig vertrauensvollere Zusammenarbeit in einer globalisierten Weltwirtschaft, die in den vergangenen Jahrzehnten auch durch korruptes Handeln immer mehr gelähmt wurde.

11. Unternehmensskandale, korrupte Manager, Massenentlassungen bei steigenden Gehältern für Top-Manager, Verletzung der Menschenrechte und Umweltzerstörung – das ethische Fundament der Wirtschaft bröckelt. Brauchen wir eine neue Wirtschaftsethik in Deutschland?



62 Prozent der befragten Manager befürworten eindeutig eine neue Wirtschaftsethik in Deutschland. Sie fordern ein Wertesystem, das von den Führungspersonen entsprechend repräsentiert wird. Dafür muss man eigentlich nur die ‚alten Werte‘ wie Menschlichkeit und Respekt aus dem Keller holen. Damit geht der Blick auch wieder in die USA zu Barack Obama, der für Anstand und Moral in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wirbt – Das sind wichtige und notwendige Signale, auch für Europa.

12. Falls Sie Frage 11 mit „Ja“ beantwortet haben: Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe für den Werteverfall im Wirtschaftsleben? (Mehrfachnennungen möglich)

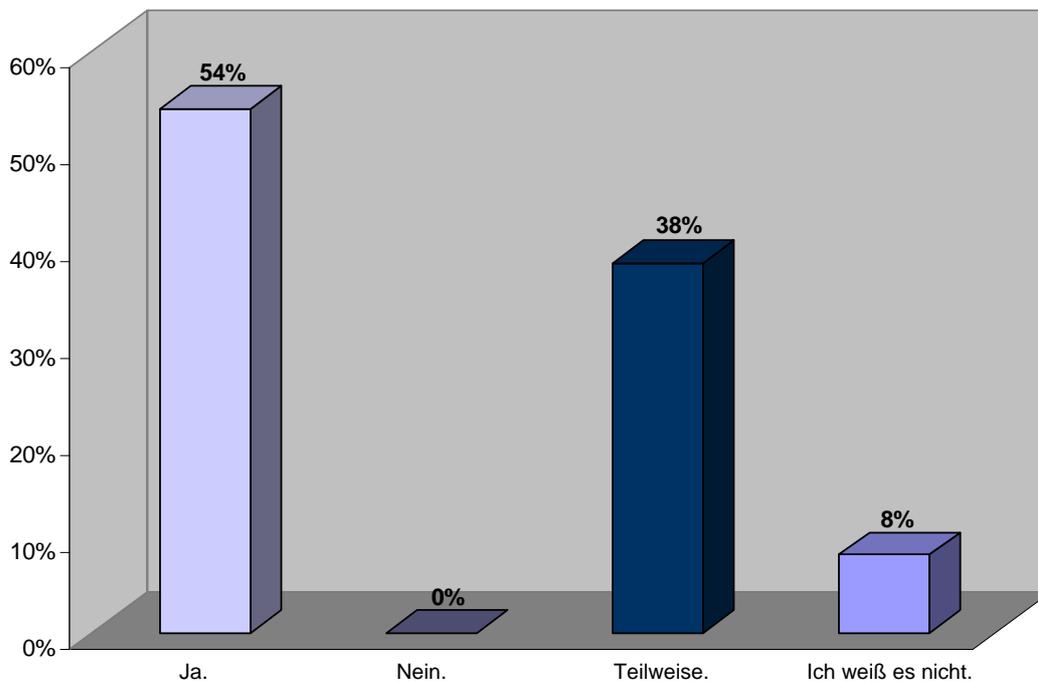


- In Zeiten der Globalisierung zählen Umsatzsteigerung, Gewinnmaximierung und Steigerung des Börsenwertes mehr als traditionelle Werte- und Moralvorstellungen.
- Wenn das Management die Renditevorstellungen der Investoren nicht erfüllt, z. B. weil es elementare Normen und Werte einhalten möchte, wird es einfach ausgewechselt..
- Der "shareholder value" zählt oftmals mehr als soziale und ökologische Belange.
- Falsche Anreize in der Vergütung (erfolgsabhängige Boni etc.) tragen maßgeblich zum Werteverfall bei.
- Weitere.

Als Hauptgründe für den Werteverfall im Wirtschaftsleben – bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich – sehen mit 88 Prozent fast alle befragten Unternehmen, dass die Orientierung am ‚shareholder value‘ soziale und ökologische Themen oftmals in den Hintergrund treten lässt. 63 Prozent glauben, dass Umsatzsteigerung, Gewinnmaximierung und Steigerung des Börsenwertes mehr zählen als traditionelle Werte- und Moralvorstellungen. Ebenso viele bemängeln, dass ein Management, das den Renditevorstellungen der Investoren nicht entspricht, z. B. weil es grundlegende Normen einhalten möchte, „einfach ausgewechselt wird“.

Es ist zu kurz gegriffen, nur schlechtes Verhalten für den Zustand einiger Unternehmen aufzuführen. Das Management befindet sich in einer Zwickmühle. Wir brauchen daher einen Systemwandel. Die Befragung zeigt, dass sich die deutschen Unternehmer Führungskräfte wünschen, die auch mal gegen den Strom schwimmen und Gewinnmaximierung nicht an erste Stelle setzen, sondern vielmehr Mitarbeiter- und Standorttreue schätzen und honorieren. Der ‚shareholder value‘ sollte deshalb erst an zweiter Stelle gesucht werden, womit wieder die dringende Notwendigkeit eines Systemwandels deutlich wird. Das System muss dahingehend entschärft werden, dass sich die Gehälter beispielsweise nicht mehr an Aktienkursen orientieren sollten.

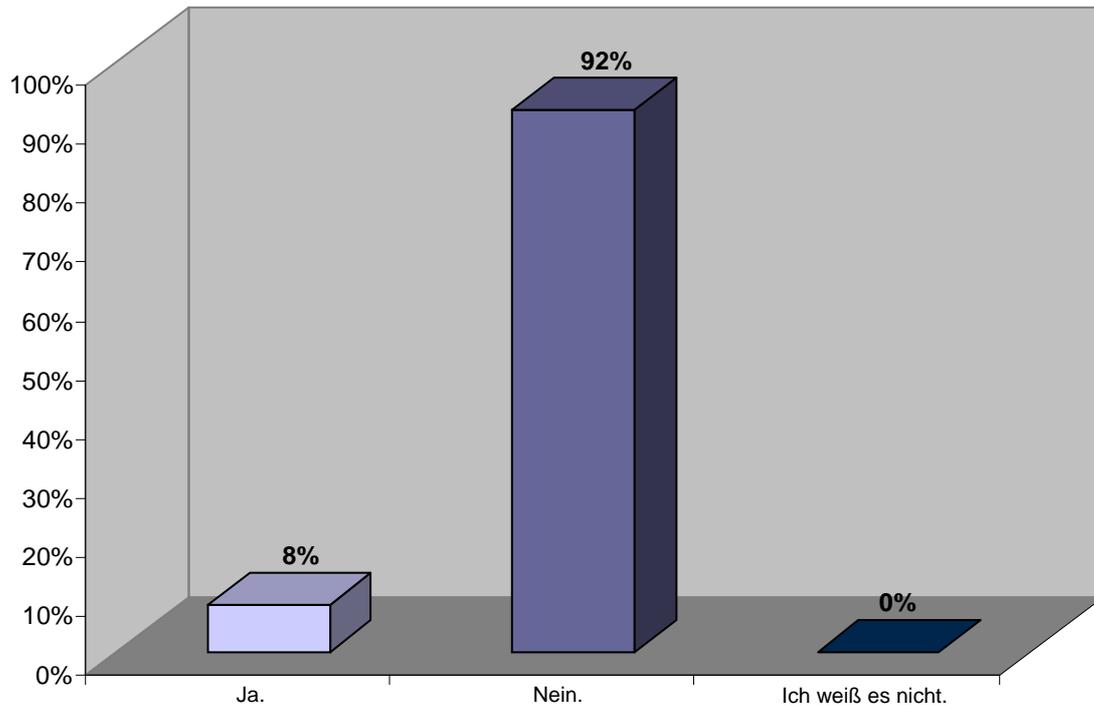
13. Sind Sie der Meinung, dass sich durch die zunehmende Globalisierung Moral und Ethik in der Wirtschaft verschlechtert haben?



„Ja“ - Moral und Ethik in der Wirtschaft leiden auch an der zunehmenden Globalisierung, denken mit 54 Prozent mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen. 38 Prozent geben der in den vergangenen Jahrzehnten notwendigerweise immer stärker globalisierten Weltwirtschaft eine „Teilschuld“. 8 Prozent beantworten die Fragen nicht.

Die Vielfalt unserer Wirtschaftssysteme weltweit macht auch künftig ein globales Handeln notwendig. Damit ist aber auch die Gefahr für Korruption größer. Deshalb erfordert gerade unsere globale Wirtschaft bessere ordnungspolitische Rahmenbedingungen und effiziente Anreizsysteme. Denn die Statistik beweist einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Korruption und Wohlstand: Länder mit einem integren Staatssektor haben im Durchschnitt ein höheres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Das gilt für OECD-Länder ebenso wie für Entwicklungsländer.

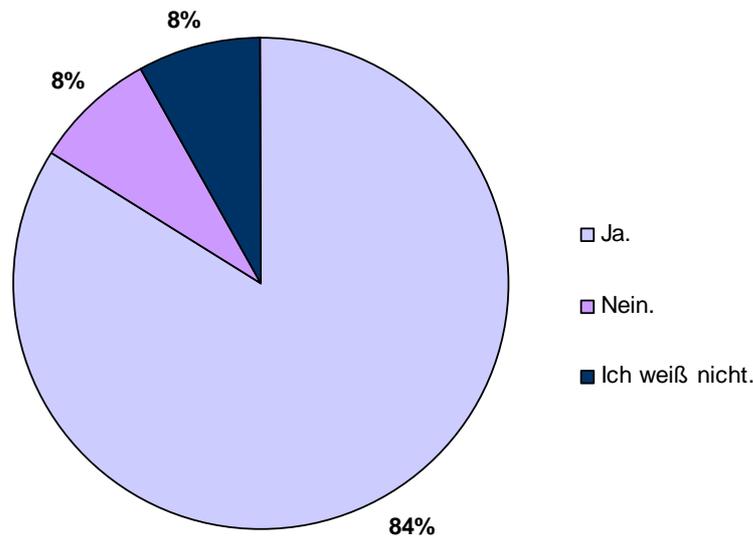
14. Ist Ihres Erachtens nach die politische „Verordnung“ von Werten ein sinnvoller Weg in einem globalen Wettbewerbsumfeld?



Kann man Werte und ethisches Verhalten tatsächlich politisch verordnen? „Ja“, glauben 8 Prozent der Manager. Aber die absolute Mehrheit mit 92 Prozent antwortet darauf mit „Nein“ und hält eine politische „Verordnung“ von Werten überhaupt nicht für sinnvoll.

Moralisches Fehlverhalten gibt es, seit es Menschen gibt. Gesetze und Verordnungen bringen gar nichts, solange es an ethisch-moralischer Weltanschauung mangelt. Führungskräfte sollten sich deshalb immer wieder klar machen, was ‚Werte‘ überhaupt sind bzw. bedeuten. Sich an Werten orientieren, heißt, dass jeder seine soziale Verantwortung wahrnehmen und respektvoll gegenüber seinen Mitmenschen sein sollte. Deshalb ist kein Verordnen, sondern ein Vorleben der Werte jedes einzelnen nötig, das heißt aber auch, dass jeder sein Wertesystem festigen muss, damit die Gesellschaft funktionieren kann.

15. Glauben Sie, dass eine globalisierte Weltwirtschaft langfristig funktionieren wird?



Eindeutig „Ja“, sagen 84 Prozent der befragten Manager und Personalentscheider. Nur 8 Prozent antworten mit „Nein“, da ihrer Meinung nach die Grundlagen für eine funktionierende globalisierte Weltwirtschaft fehlen. Die restlichen 8 Prozent der Firmen machen dazu keine Angaben.

Das deutliche „Ja“ auf diese Frage bestätigt auch von Seiten der deutschen Führungskräfte das globalisierte Weltwirtschaftssystem. Auch wenn die durch die Globalisierung entstandene Welt sicher nicht ideal ist, kann das Rad schließlich nicht zurückdreht werden. Aber jeder kann sich bemühen, in Kommunikation und Kooperation mit den Mitmenschen sozial verantwortlich zu handeln und damit die Lebensbedingungen für alle zu verbessern. Unumstritten stecken in einer globalisierten Wirtschaft riesige Chancen: mehr Wohlstand und Wachstum durch Steigerung der Produktivität, neue Möglichkeiten der weltweiten Arbeitsteilung durch globalen Handel, Überwindung geographischer Standortnachteile durch großräumige Vernetzung. Diese großen wirtschaftlichen Chancen müssen wahrgenommen werden. Dazu braucht es dynamische Unternehmen, die bereit sind, Risiken einzugehen.

C) Fazit

Die internationale Wirtschaft steckt in einer der größten Krisen seit der Weltwirtschaftskrise von 1929. Ein Faktum, das nicht mehr schön geredet werden kann, wie auch das Ergebnis der aktuellen CGC-Studie bestätigt. Andererseits zeigt sich an den Antworten auch, dass die Manager trotz allem das System der sozialen Marktwirtschaft als bestes ansehen, da weder ein kommunistisches System noch eine völlig freie Marktwirtschaft funktionieren können. Ebenso einig sind sich die Manager darüber, dass eine über die Jahrzehnte hinweg immer stärker globalisierte Weltwirtschaft auch künftig erfolgreich existieren wird.

Dennoch wird deutlich, dass die weltweite Krise endlich genutzt werden sollte, um die viel beschworene Chance für Veränderungen zu realisieren: für eine stärkere Achtsamkeit der Politiker, um effizientere Regeln für das Finanzwesen in Deutschland zu schaffen. Für eine intensivere Wahrnehmung der Manager und Personalentscheider, um „alte Werte“ wie soziale Verantwortung, Respekt, transparentes und umweltbewusstes Handeln wieder zu beleben und vorzuleben.

Berlin und auch die Länderregierungen sollten schnell und unabhängig von anstehenden Wahlterminen reagieren. Es ist an der Zeit, Mut zu zeigen und Wagnisse einzugehen. Dies gilt vor allem bei der Schaffung eines vernünftigen und zukunftsträchtigen Steuersystems. Die Flickschusterei muss ein Ende haben. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen brauchen Perspektiven. Die Parteien und Institutionen sollten die geliehene Macht nicht nur zum Selbsterhalt missbrauchen, sondern zum Wohle des Volkes und dessen Volkswirtschaft. Leider zeigt der Blick nach Berlin aber nur Kontur- und Ratlosigkeit bei der Lösung der zahlreichen Probleme. Entsprechend groß ist die Enttäuschung und teilweise Hilflosigkeit der Unternehmer und Manager.

Ziel der Führungsverantwortlichen und Regierenden muss es nicht nur sein, wieder Vertrauen in unser Finanz- und Bankenwesen zu schaffen, sondern generell das Vertrauen in das System der Demokratie zu stabilisieren und zu stärken. Aber das kann nur geschehen, wenn die Politiker ihr machtpolitisches, auf Wahlerfolg ausgerichtetes Streben zurückstellen und stattdessen auf langfristigen Wohlstand ausgerichtete Reformen durchsetzen. Beispielsweise ein vernünftiges, deutlich vereinfachtes Bezahlungssystem, das nicht nur auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist, sondern Leistung langfristig belohnt, nutzt auch der Gesellschaft und steuert dem Negativtrend entgegen. Aber auch Fachkompetenz in der Politik ist gefragt. Parteibuchqualifikation reicht nicht mehr. Die USA machen Deutschland vor, dass es jetzt egal ist, welche Parteifarbe mit in der Regierung sitzt. Mit Fachkompetenz und Führungsstärke bewältigt man Krisen, nicht mit Wahltaktik und Parteiengezänke.

Was die Unternehmer von der Politik fordern, scheint bei einem großen Teil von ihnen selbst bereits angekommen zu sein: Die Einsicht, dass künftig eine vertrauensvollere Zusammenarbeit in einer globalisierten Weltwirtschaft notwendig sein wird, während in den vergangenen Jahrzehnten korruptes Handeln vorherrschte. Werte wie Respekt, Ehrlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und Fairness sind wieder gefragt und der Wunsch nach Führungspersönlichkeiten in der Politik und der Wirtschaft, die diese Werte vorleben.

Den Teilnehmern der Studie dankt die CGC Wirtschaftsforschung Wien/München für ihr Engagement.